Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 163. | Dresden, Montag den 19. Juli 1909. | 20. Jahrg.

Irreführungen.

Die Fusel-Verbrüderten werden ihres Sieges nicht recht froh. Die Konservativen wehren sich nicht nur mit Händen und Füßen gegen die Tatsache, daß sie waren, die Bernhard Bülow unter seinen Leichenstein verscharrten, sie wehklagen auch, daß ihre Haltung selbst in der „offiziösen" Presse nicht die Würdigung finde, auf die sie als erwählte Thron- und Altarstützen Anspruch zu haben glauben.

So äußert sich die Kons. Korresp., das amtliche Organ der Konservativen, empört, die offiziöse Presse fahre fort, in Waschzetteln und in Kreisblättern die Legende zu verbreiten, als ob „der Rücktritt des Fürsten Bülow die Folge eines unzulässigen und unpatriotischen Verhaltens der konservativen Reichstagsfraktion gewesen sei." Bülow selbst hat das Treiben der Konservativen etwas deutlicher noch ein frivoles Spiel mit den Interessen der Monarchie und des Landes genannt. Dieser Stachel sitzt tief im Fleische der konservativen Beutelschneider. Sie erklären sich solche Auffassungen einmal herzlich naiv mit „Rückständigkeiten früherer Preßinformationen", dann aber boshaft mit „bemerkenswerter Schwäche der Auffassung oder des guten Willens".

Noch unbegreiflicher findet es die Konservative Korrespondenz, daß es normal veranlagten Untertanen immer noch schwer fällt, zu begreifen, daß der Widerstand der Konservativen gegen die Erbanfallsteuer angeblich lediglich „sachlicher und monarchischer Ueberzeugung" entsprang. Sie meint:

„Auch muten es in den offiziösen Kreisblattartikeln seltsam an, mit Bezug auf die Erbanfallsteuer und den damit in sachliche Verbindung gebrachten Rücktritt des Fürsten Bülow den Hinweis zu finden, daß nur vier Millionen Wahlstimmen hinter den Gegnern, dagegen sieben Millionen hinter den Freunden der Regierung gestanden haben. Es wird nämlich dabei verschwiegen, daß die Hälfte dieser Wahlstimmen aus dem sozialdemokratischen Lager stammte, und es ist uns zweifelhaft, ob das der Regierung sowohl sachlich als aus allgemeinen politischen Gründen zum besonderen Rückhalt gereicht."

Es fehlt den Konservativen selbstverständlich jede Fähigkeit, sozialdemokratische Auffassungen als sicherstes Spiegelbild der Anschauungen der Volksmassen zu werten. In ekelhafter Demagogie verschmäht es die Clique der Beutelschneider nicht, zu denkbar niedrigsten Mittelchen ihre Zuflucht zu nehmen, um ihr Verbrechen der Volksplünderung zu beschönigen. Sie selbst sieht natürlich nicht, daß die Anwendung solcher schäbigen Mittel die Infamie der konservativen Gaunerpolitik in ihrer ganzen Fülle enthüllt.

Aber zu der Infamie der Schnapphähne gesellt sich ihre Besorgnis vor dem Kommenden. Die Kons. Korresp. schließt ihre Ausführungen mit den Sätzen:

„Wir wollen diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Wunsche Ausdruck zu geben, daß die neue Reichsleitung es vermeiden möge, Spannungen aufrecht zu erhalten, oder Verstimmungen zu erzeugen gegenüber politischen Faktoren, auf deren offene und vorbehaltslose Mitwirkung sie vielleicht nicht wird verzichten wollen, und die es ihrerseits begrüßen würde, nach der Erledigung sachlicher Streitfragen ein gewisses einseitiges Kokettieren mit der Linken, wofür einzelne Anzeichen zu sprechen scheinen, lieber vermieden zu sehen."

Deutlicher noch kommt die konservative Angst in den Schlußzeilen eines anderen Artikels der Kons. Korresp. zum Ausdruck, in denen es heißt:

„Es ist recht gut möglich, daß die Haltung der konservativen Reichstagsfraktion im Lande auch jetzt noch nicht überall voll verstanden und nach Gebühr gewürdigt wird. Dafür sorgt leider auch eine übermächtige gegnerische Presse, die gewiß auch nicht verabsäumen wird, die Darlegungen des ihr näher, als der unserigen, stehenden Staatsmannes in diesem Sinne auszubeuten. Um so energischer müssen unsere Freunde tätig sein, durch persönlichen Verkehr und in Versammlungen die alte Treue und Zusammengehörigkeit der konservativen Partei, das gegenseitige Vertrauen zu beleben und zu festigen.

Mögen auch manche Elemente mehr gouvernementaler und schwankender Richtung von uns sich trennen. Die Stärke einer Partei beruht am letzten Ende nicht auf ihrer Zahl, und wir haben die gute Zuversicht, daß die Partei aus den letzten Kämpfen schließlich stärker und einiger hervorgehen wird als je."

Man darf sich also darauf gefaßt machen, daß von konservativer Seite ein grimmiger Feldzug in Szene gesetzt wird, der kein Mittel der Irreführung und Lüge unbenutzt lassen wird, um das schöne Ziel zu erreichen, „die alte Treue und Zusammengehörigkeit der konservativen Partei zu beleben und zu festigen." Die Angst um die Mandate wird lebendig, die Furcht vor dem Strafgericht. Man weiß nur allzu genau, wo die Gebiete und die Bezirke liegen, in denen es den Konservativen noch gelingt, im Trüben zu fischen: dort, wo eine unaufgeklärte Landbevölkerung, gelähmt vom rücksichtslosen Terrorismus der Konservativen, noch irregeführt werden kann. Von der Seite der Sozialdemokratie wird sicher alles aufgeboten werden, das frevelhafte Demagogentreiben der Volksausplünderer zu durchkreuzen. Mehr als je wird die sozialdemokratische Arbeit unter der Landbevölkerung zu einer der dringendsten Aufgaben, um in die Bollwerke der Reaktion Bresche zu schlagen.

Aber die Dinge selbst werden für uns arbeiten. Die Wirkungen der Fuselblock-Steuern müssen den Indifferentesten aufpeitschen. Es handelt sich nicht um Bülow, den toten Mann; es handelt sich nicht darum, ob es der Rotte der Schnapphähne gelang, den gleichgültigen Personenwechsel in der Regierung herbeizuführen, sondern darum, das Strafgericht über die Fuselblöcklinge zu einem vernichtenden zu gestalten, alle Kräfte zu entfalten, in den Einzelstaaten und im Reiche die konservative Vorherrschaft zu zerbrechen. Es gilt nicht nur, in Preußen eine unwiderstehliche Bewegung zu wecken, die zum Sturze der Dreiklassenwahl-Schmach führt, sondern auch in Sachsen Sorge zu tragen, daß konservatives Demagogenspiel ohne Frucht bleibt.

Wie skrupellos die Konservativen wirtschaften, um Mandatsgefahren von sich abzuwenden, geht aus einem Kreuzzeitungsartikel hervor, der ein liberal-klerikales Bündnis gegen die Konservativen in Vorbereitung sieht. Mit Gott für König und Vaterland schreibt das Junkerblatt:

„Wie weltfremd sind doch die guten Leute, die im Ernst und nicht aus Heuchelei von einem konservativ-klerikalen Block reden in demselben Augenblick, da sich ein liberal-klerikales Bündnis gegen die Konservativen vorbereitet! Will die Regierung in Preußen eine radikale Aenderung des Wahlrechts durchsetzen, so bleibt ihr sogar keine andere Möglichkeit, als sich dieses liberal-klerikalen Blocks zu bedienen, ja ihn zu schaffen, wenn er sich von selber bildet. Die gleiche Konstellation werden wir im Reiche zu gewärtigen haben, wenn der neue Reichskanzler die sozialpolitischen Vorlagen wieder einbringt, die durch die Schließung des Reichstags hinfällig geworden sind. Nicht minder werden Zentrum und Liberalismus sich über die im Reichstage angeregten, auf ein parlamentarisches System hinzielenden Aenderungen der Verfassung und der Geschäftsordnung zu verständigen wissen. Wie sich Herr v. Bethmann-Hollweg zu diesen Fragen stellen wird, ist ungewiß. Ein konservativ-liberaler Block wird ihm aber auch hier unter keinen Umständen zur Seite stehen; hält er es mit den Liberalen, so opponieren die Konservativen, widersteht er einschneidenden Veränderungen, so hat er nur die Rechte auf seiner Seite; den Ausschlag wird unter allen Umständen wieder das Zentrum geben."

Wie herzlich naiv stellt sich das Junkerblatt, von Bethmann-Hollweg radikale Aenderungen des Wahlrechts zu erwarten! Bethmann-Hollweg hat sich beeilt, auf ein Glückwunschtelegramm des Grafen v. Schwerin-Löwitz, des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats, zu antworten:

„Auf märkischem Boden erwachsen, habe ich die Berührung mit der Landwirtschaft nie verloren; ihre Leistungsfähigkeit wie die der andern großen Erwerbsstände unseres Volkes zu erhalten und zu fördern, rechne ich zu den wichtigsten Aufgaben des mir von meinem Kaiserlichen Herrn anvertrauten Amtes."

Wer sich so freudig als „zweiter agrarischer Kanzler" proklamiert, steht sicherlich nicht in dem Verdachte, radikale Aenderungen des Wahlrechts zu erstreben, die der Reaktion tödliche Schläge versetzten. Der „Philosoph am Throne", wie man Bethmann genannt hat, wird nicht im Traume daran denken, nachdem er von seiner Feindschaft gegen gleiches Recht nicht im geringsten Hehl gemacht hat.

Wie sich Bethmann zu den sozial-politischen Vorlagen, die durch die Schließung des Reichstags vorläufig „erledigt" sind, stellen wird, muß man allerdings abwarten. Sicher hat die Arbeiterschaft keinen Anlaß, sich großen Hoffnungen hinzugeben. Die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des Nachfolgers Posadowskys ist bis jetzt durch keine Tatsache erschüttert worden.

Noch kurioser ist der Hinweis der Kreuzzeitung auf kommende Verfassungs- und Geschäftsordnungs-Reformgelüste. Die Fuselblockmehrheit hat erst vor kurzem den Beweis erbracht, daß die Vergewaltigung der Geschäftsordnung mit zu ihren gewohnheitsmäßigen Praktiken gehört. Vom Zentrum zu erwarten, daß es Hand in Hand mit dem Liberalismus eine Sicherstellung der Geschäftsordnung gegen freche Vergewaltigungen plane, beweist einen sehr hohen Grad von bewußter Irreführung.

Als Aufgabe der Regierung bezeichnet es die Kreuzzeitung „in aller Ruhe und Stille die „mittlere Linie" mit den Fraktionen zu suchen, mit den Fraktionen, die ehrlich gewillt sind, Reformen durchzuführen, nicht aber neuen Stoff für die Parteiagitation zu schaffen" Da die Kreuzzeitung selbst meint, vorläufig sei dabei auf die Nationalliberalen nicht zu rechnen, so heißt das trotz aller Vorspiegelung eines liberal-klerikalen Blockes mit anderen Worten: Die neue Mehrheit ist zu neuen Geschäftchen mit der Regierung bereit, zu Reformen ... nach dem Beispiel der massenplündernden Reichsfinanzreform.

* * *

Vizepräsident Spahn?

Die Frage des künftigen Reichstagspräsidiums macht einigen Blättern bereits Kopfschmerzen. Da der Reichstag nicht vertagt, sondern geschlossen wurde, so muß er bei seinem Zusammentritt ein neues Präsidium wählen. Daß dabei der schwarze Block das Präsidium zu bestimmen hat, ist eigentlich selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich erscheint es, daß das Zentrum als ausschlaggebende Partei den ersten Präsidenten zu stellen hat. Der Nat.-Ztg. zufolge soll allerdings beim Zentrum keinerlei Absicht bestehen, den Grafen Udo Stolberg aus seinem Amte zu verdrängen. Das Zentrum werde dagegen die erste Vizepräsidentenstelle beanspruchen, und wolle hierfür den Abgeordneten Dr. Spahn in Vorschlag bringen. Das B. T. schreibt dazu: Schließlich hat das der schwarze Block unter sich abzumachen. Nur so viel darf wohl jetzt schon als sicher angenommen werden, daß die liberalen Parteien auf einen Platz im Präsidium verzichten. Daß Herr Kaempf auszuscheiden hätte, ist ja nicht zu bezweifeln. Indessen wäre es auch nicht zu verstehen, wenn etwa Herr Paasche im Präsidium verbliebe. Die Stelle eines zweiten Vizepräsidenten gebührt den Polen, die ja den konservativ-klerikalen Bestrebungen ihre schätzbare Unterstützung angedeihen ließen. Der Abgeordnete Graf Grudzewo-Mielczynski würde zweifellos zur Vervollständigung der neuen Mehrheit sehr geeignet sein.

Polnische Rache.

Zu der politischen Beichte Bülows im Hamburger Korrespondenten schreibt der Dzennik Berlinski, das Berliner Polenblatt:

„Wir haben in der polnischen Sprache kein Wort für das boshafte Gefühl, das bei den Deutschen „Schadenfreude" heißt, aber wir lernten von den Deutschen dies Wort verstehen und empfinden, und es muß uns ja jetzt erfüllen, wenn wir sehen, daß mit unseren Stimmen unser größter Feind seit Bismarck gestürzt, und daß er die Niederlage, zu der wir ihm verholfen, so bitter empfindet.

Wir hätten uns selbst nicht achten können, wenn wir nicht zum politischen Tode eines Menschen beigetragen hätten, der unserem Volke so schweres Unrecht getan, der uns dem deutschen Chauvinismus zum Fraße vorgeworfen, der uns nicht nur in Preußen verfolgte, sondern alle Hebel in Bewegung setzte, um die dumme russische Regierung in ihrer antipolnischen Verblendung zu erhalten. Es gibt auch im politischen Leben eine Nemesis. Hier ist sie eingetroffen.

Der Mann, der auf die polnischen „Kaninchen" Jagd gemacht, der fast jedes Jahr neue vergiftete Pfeile auf uns abgesandt, auf dem die Tränen und Schmerzen der unbarmherzig gepeinigten Wreschener Kinder und der Opfer des Schulstreiks lasten — er hat den Todesstoß, der ihn von der politischen Bühne wegfegte, von uns, aus der Hand seines Opfers empfangen."

Die bittere Größe des Augenblicks ...

Gerhart Hauptmann hat Bülow folgendermaßen antelegraphiert:

„Ich empfinde in diesem Augenblick sehr tief den allgemeinen Schmerz des deutschen Volkes über Ihr Scheiden aus dem höchsten Amte. Gestatten Sie mir, Durchlauchtiger Fürst, mich in die Reihen derer zu stellen, die der bitteren Größe des Augenblicks sich voll bewußt werden. In wahrer Ergebenheit und tiefer Verehrung Gerhart Hauptmann."

... 1892 schrieb Gerhart Hauptmann „Die Weber".

Die geplante Bierpreiserhöhung.

— Daß die Brauereien und Wirte die neue Belastung aus der Biersteuer auf den Konsum abwälzen würden, war vorauszusehen. Daß aber die Gelegenheit wahrgenommen werden soll, nicht nur die neue Steuer auf den Konsum abzuwälzen, sondern **den Konsum um das Fünf- bis Siebenfache des Steuerbetrages zu belasten**, das ist ein Vorgehen, das auch für die Brauer und Wirte gefährlich werden muß. Denn allzu scharf macht schartig. Die neue Biersteuer ist mit 100 Millionen Mark veranschlagt. Die vom Schutzverband der Brauereien der norddeutschen Brausteuergemeinschaft und verwandter Gewerbe einberufene Versammlung, die am 16. Juli in Berlin tagte, beschloß eine Erhöhung des Bierpreises um 5 Pf. pro Liter für die Brauereien und eine solche von 7 bis 10 Pf. für die Gastwirte. Die Biergewinnung im Deutschen Reiche kann man rund mit 73 Millionen Hektoliter annehmen, wovon rund 46 Millionen auf das norddeutsche Brausteuergebiet entfallen. Wenn der Steuerertrag im ganzen 100 Millionen Mark bringt, so wird das Hektoliter mit genau 1,37 M. belastet. Die Brauereien allein sollen aber nach dem Beschluß der Interessenten in Berlin nicht nur die 100 Millionen neue Steuern mehr aus dem Bierverkauf erzielen, sondern nach ihrer Absicht 365 Millionen, d. h. 265 Millionen sollen noch über den Steuerbetrag hinaus aus dem Biervertrieb herausgeholt werden. Für jedes verkaufte Hektoliter soll die Brauerei noch eine Mehreinnahme von 3,65 M. haben.

Aber damit ist die Belastung des Konsums nicht erschöpft. Auch die Wirte sollen nicht leer ausgehen. Für sie sollen über die Erhöhung von 5 Pf. pro Liter hinaus noch 2 bis 5 Pf. von jedem Liter bleiben. Das heißt: der Konsum soll noch 146 bis 365 Millionen Mark in die Tasche der Wirte bezahlen, ohne daß irgend eine Gegenleistung dafür geboten wird. Die Rechnung, die dem deutschen Konsumenten von den in Berlin versammelt gewesenen Vertretern der Brauereien und Wirte aufgemacht worden ist, lautet also wie folgt:

Steuerbelastung an das Reich	100	Mill. Mark
Aufschlag der Brauereien	265	„ „
Aufschlag der Wirte	146—365	„ „
Gesamtbelastung des Konsums	511—730	Mill. Mark.

Das heißt: weil das Reich 100 Millionen Mark Steuern nimmt, glauben die Brauereien und Wirte in der Lage und berechtigt zu sein, 400 bis 600 Millionen Mark über den Steuerbetrag hinaus aus dem Bierkonsum herauszuholen. Die gesamte Steuerbelastung der eben angenommenen Finanzreform, über die so erregte Kämpfe stattgefunden haben, dreht sich um den hohen Betrag von 500 Millionen Mark. Brauereien und Wirte wetteifern nicht nur mit dem steigenden Bedarf des Reiches, sondern sie gehen über die halbe Milliarde noch hinaus.

Wenn die Absichten der Interessenten verwirklicht würden, so würde das eine durchschnittliche Belastung von etwa 10 Mark pro Kopf der Bevölkerung ergeben, und da die Zahl der Biertrinker erheblich kleiner ist als die Bevölkerung, so würde die Durchschnittsbelastung des Biertrinkers auf weit mehr als das Doppelte des genannten Betrages von 10 M. steigen.

In der Berliner Versammlung ist auf die schwierige Lage des Brauereigewerbes zur Begründung dieser ungeheuerlichen Belastung der Konsumenten hingewiesen worden. Glauben denn die Interessenten im Ernst, daß das Brauereigewerbe durch die hier vorgeschlagene Preispolitik aus der ungünstigen Lage herauskommen wird! Entweder die Brauereien und die Wirte haben die wirtschaftliche Macht, ihre Absichten in vollem Umfange durchzuführen, dann werden sie sehr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG